Helmut Berding

Judenemanzipation im Rheinbund

Mit dem Übergang von der alteuropäischen zur modernen Gesellschaftsordnung veränderte sich die Situation der jüdischen Minderheit grundlegend. Sie trat aus ihrer jahrtausendalten sozialen Randexistenz heraus und integrierte sich in die entstehende bürgerliche Gesellschaft. Dieser Prozeß verlief, wie der soziale Wandel insgesamt, in den einzelnen europäischen Ländern höchst unterschiedlich. Besondere Probleme warf die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden in Deutschland auf. Sie erfolgte nicht durch einen einzigen Gesetzgebungsakt, sondern erstreckte sich über Jahrzehnte. Der Emanzipationsprozeß schritt auch in den einzelnen deutschen Staaten ungleichmäßig voran. Zu den ersten Emanzipationsgesetzen auf deutschem Boden kam es unter französischem Einfluß in der Rheinbundzeit. Eine weitere wichtige Etappe bildete das preußische Reformgesetz vom 11. März 1812. Im Deutschen Bund wechselten Rückschläge und Fortschritte einander ab. Erst mit der Reichsgründung von 1871 erlangten alle deutschen Juden die uneingeschränkte bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Damit kam ein Vorgang zum Abschluß, den zwei Generationen vorher die napoleonische Gesetzgebung eingeleitet hatte¹.

Bis zur rheinbündisch-preußischen Reformzeit lebte die überwiegende Mehrheit der mitteleuropäischen Juden wie eh und je in ärmlichsten Verhältnissen am Rande der christlichen Ständegesellschaft. Rechtlich unterstanden sie einerseits dem Schutz des Kaisers, andererseits der territorialen Herrschaft des Landesfürsten, dem sie für die Niederlassung hohe Abgaben zu entrichten hatten. Bedrückende Judenordnungen schränkten in der Regel die Bewegungsfreiheit ein und begrenzten den Lebenserwerb. Überall blieben die Juden Fremde; sie wurden, wenn es fiskalisch oder wirtschaftlich nützlich schien, ins Land geholt, geschützt und geduldet, je nach Willkür oder Gnade aber auch verfolgt und wieder vertrieben. Ebenso wie unter diesen rechtlichen Bedingungen litten die Juden unter der Verachtung, die ihnen die übrige Bevölkerung entgegenbrachte. Die jüdische Minderheit führte, von der christlichen Gesellschaft isoliert, eine religiös-kulturelle Eigenexistenz mit besonderer Sprache und Kleidung, ei-

¹ Zur Emanzipationsproblematik allgemein vgl. zuletzt besonders *Reinhard Rürup*, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen 1975); *Jacob Katz*, Zur Assimilation und Emanzipation der Juden. Ausgewählte Schriften, (Darmstadt 1982). Zur Begriffsgeschichte vgl. außer Rürup den Artikel „Emanzipation“ von *Karl Martin Grass* und *Reinhard Koselleck* in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. *Otto Brunner*, *Werner Conze* und *Reinhard Koselleck*, Bd. 2 E-G, (Stuttgart 1975) 153–197.

genen Festtagen, Speisevorschriften und Lebensgewohnheiten. Ihre Beziehungen zur nichtjüdischen Umwelt gingen zumeist über den wirtschaftlichen Verkehr nicht hinaus. Lediglich eine kleine Gruppe reicher Juden, die Hoffaktoren, erlangte gesellschaftliche Anerkennung. Hinzu traten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einige gebildete Juden, die sich mit der abendländisch-europäischen Kultur vertraut gemacht und hohes Ansehen in der Gelehrtenrepublik gewonnen hatten. Bahnbrechend wirkte hier Moses Mendelssohn. Er verbreitete innerhalb des Judentums die Ideen der Aufklärung, redete einer Religionsreform das Wort und leitete gemeinsam mit Gotthold Ephraim Lessing die Diskussion über die Judenfrage ein. In ihr wurde zum ersten Male die rechtliche Gleichstellung der Juden zum Programm erhoben².

1781 erschien die aufsehenerregende Schrift des preußischen Kriegsrats Christian Wilhelm Dohm „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Sie nahm die soziale Randexistenz der Juden nicht mehr als unabänderlich, gottgewollt oder naturgegeben hin, sondern führte sie auf historische Ursachen zurück. „Alles, was man den Juden vorwirft, ist durch die politische Verfassung, in der sie jetzt leben, bewirkt und jede andere Menschengattung, in dieselben Umstände versetzt, würde sich sicher eben derselben Vergehen schuldig machen.“³ Dohm leitete aus seiner These die Forderung ab,

² Zur Situation der Juden in Deutschland während der frühen Neuzeit bzw. in der voremanzipatorischen Zeit vgl. unter den neueren zusammenfassenden Arbeiten besonders *Jacob Katz*, *Exclusiveness and Tolerance. Studies in Jewish-Gentile Relations in Medieval and Modern Times*, (London 1961); *Rudolf Glanz*, *Geschichte des niederen jüdischen Volkes in Deutschland*, (New York 1968); *Heinz Mosche Graupe*, *Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650–1942*, (Hamburg 1977); *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, hrsg. v. *Alfred Haverkamp*, (Stuttgart 1981). Über die jüdischen Hoffaktoren vgl. vor allem *Selma Stern*, *The Court Jew. A Contribution to the History of the Period of Absolutism in Central Europe*, (Philadelphia 1950); *Heinrich Schnee*, *Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus*, 6 Bde., (Berlin 1953–1967); zur Kritik an Schnee, der die Bedeutung der Hofjuden für die Emanzipation überschätzt, vgl. *Francis L. Carsten*, *The Court Jew. A Prelude to Emancipation*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 3 (1958) 140–156; ferner: *Jacob Katz*, *Out of the Ghetto. The Social Background of Jewish Emancipation 1770–1870*, (Cambridge/Mass. 1973). Zur umfangreichen Literatur über Moses Mendelssohn, Aufklärung und Judenemanzipation in Preußen vgl. zuletzt besonders: *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation. Internationales Symposium anlässlich der 250. Geburtstage Lessings und Mendelssohns*, Dezember 1979, *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* Beiheft 3, hrsg. v. *Walter Grab* (Tel Aviv 1980); *Norbert Hinske* (Hrsg.), *Ich handle mit Vernunft ... Moses Mendelssohn und die europäische Aufklärung*, (Hamburg 1981); *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*, hrsg. v. *Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz*, (Berlin 1981); *Peter Baumgart*, *Die „Freiheitsrechte“ der jüdischen Minorität im Staat des aufgeklärten Absolutismus. – Das friderizianische Preußen und das josephinische Österreich im Vergleich*, in: *Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848*, hrsg. v. *Günter Birtsch* (Veröffentlichungen zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte 1, Göttingen 1981) 121–145.

³ *Christian K. Wilhelm von Dohm*, *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, (Berlin 1781, Nachdruck Hildesheim 1973) 35; Zu Dohm vgl. *Max Braubach*, *Christian Wilhelm von Dohm*, in: *ders.*, *Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert*, (Bonn 1969) 675–709; *Ilse-gret Dambacher*, *Christian Wilhelm von Dohm. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen aufgeklärten Beamtentums und seiner Reformbestrebungen am Ausgang des 18. Jahrhunderts*,

alle rechtlichen Sonderbestimmungen für Juden aufzuheben sowie ihre Eingliederung in die Gesellschaft durch staatliche Maßnahmen zu fördern. Er ging dabei von einem Erziehungskonzept aus, wonach die Lockerung der alten Judenordnungen schrittweise zu erfolgen habe. In der um 1780 vom naturrechtlichen Denken der Aufklärung geprägten öffentlichen Meinung fanden die Argumente Dohms starken Anklang. Nur wenige Angehörige des gebildeten Publikums bezogen eine Gegenposition. Die außerordentlich intensive Diskussion über die Schrift Dohms schlug sich auch in Frankreich nieder. Hier gehörten Abbé Grégoire und Graf Mirabeau zu den energischsten Verfechtern der Dohmschen Emanzipationsthesen. Durch sie mündete die von Deutschland ausgehende Debatte über die Judenfrage unmittelbar in die Emanzipationsgesetzgebung der Revolution ein. Der entscheidende Beschluß der Assemblée constituante vom 27. September 1791 ging maßgeblich auf ihre Einwirkung zurück⁴. In Mitteleuropa hatten schon einige Jahre zuvor aufgeklärte Monarchen und Beamte begonnen, die bürgerliche Verbesserung der Juden von der programmatischen auf eine gesetzgeberische Ebene zu heben. 1782, 1783 und 1789 beseitigten die Toleranzpatente Josephs II. zahlreiche Diskriminierungen, ohne jedoch die Juden im Habsburger Reich rechtlich gleichzustellen⁵. Über diesen Schritt gelangten während der Zeit des aufgeklärten Absolutismus die Gesetzgebungsmaßnahmen nicht hinaus. Sie scheiterten an den Widerständen von Emanzipationsgegnern oder blieben in den Beratungen der Staatsbürokratie stecken. In der Verwaltungspraxis breitete sich allerdings eine mildere Anwendung der Judengesetze aus. Doch zu grundlegenden Veränderungen kam es erst in der Rheinbundzeit. Mit ihr erreichte die Behandlung der Judenfrage eine neue Stufe. Unter dem Einfluß der französischen Machterweiterung hatten sich die Voraussetzungen für tiefgreifende Reformen verbessert; außerdem gingen starke Impulse vom napoleonischen Frankreich aus; im Zeichen des bürokratischen Absolutismus übernahm der Staat die Initiative. Doch blieben die regionalen Unterschiede beträchtlich⁶. Die Skala reichte vom völligen Verzicht auf Veränderung des überlieferten Judenrechts bis zur Gewährung der uneingeschränkten bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung.

(Bern 1974); *Horst Möller*, Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift Über die bürgerliche Verbesserung der Juden, in: *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation*, (vgl. Anm. 2) 119–153. Zur unmittelbaren Wirkung der Emanzipationschrift von Dohm auf Grégoire und andere Gebildete in Frankreich vgl. *Jürgen Voss*, Die Straßburger „Société des Philantropes“ und ihre Mitglieder im Jahre 1777, in: *Revue d'Alsace* No. 108 (1982) 65–80.

⁴ Vgl. besonders: *La Révolution Française et l'émancipation des Juifs*, 8 Bde., (Paris 1968); *Bernhard Blumenkranz*, *Albert Soboul* (Hrsg.), *Les Juifs et la Révolution française. Problèmes et aspirations*, (Toulouse 1976); *Annales historiques de la Révolution française* No. 223 (1976).

⁵ Zu den Toleranzpatenten vgl. außer *Peter Baumgart* (Anm. 2): *Josef Karniel*, Die Toleranzpolitik Kaiser Josephs II., in: *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation*, (vgl. Anm. 2) 155–182.

⁶ Über Rheinbundreformen als spezifischen Modernisierungsprozeß vgl. zusammenfassend zuletzt: *Helmut Berding*, *Hans-Peter Ullmann*, Veränderungen in Deutschland an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: *dies.* (Hrsg.), *Deutschland zwischen Revolution und Restauration*, (Athenäum-Droste-Taschenbücher Geschichte 7240, Königstein/Ts. 1981) 11–40.

Nach dem Kriterium der Reformbereitschaft lassen sich die rheinbündischen Staaten einschließlich der von Frankreich annektierten deutschen Gebiete in vier Gruppen einteilen:

1. Für einige nord- und mitteldeutsche Staaten wie zum Beispiel die beiden Herzogtümer Mecklenburg oder das Königreich Sachsen bestand keine drängende Notwendigkeit zu Reformen. Hier hatten sich die territorialen Umwälzungen von Säkularisation und Mediatisierung nicht ausgewirkt; der Anpassungsdruck der französischen Politik war der geographischen Lage wegen verhältnismäßig gering. Alles blieb beim alten: die rückständigen Verfassungen, das überholte Verwaltungssystem und auch die seit alters her überlieferten Judenordnungen. Während der Herzog von Mecklenburg sich immerhin um eine rechtliche Besserstellung der Juden bemühte, aber am Widerstand der Ritterschaft scheiterte, unternahm die sächsische Regierung kaum etwas; sie hielt sogar an dem im übrigen Deutschland fast ganz abgeschafften Leibzoll fest⁷.

2. Die meisten süddeutschen Mitgliedstaaten des Rheinbundes wie Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau standen vor der schwierigen Aufgabe einer völligen staatlichen Neuordnung. Aus den territorialen Umwälzungen ergab sich der Zwang zur Vereinheitlichung von Verwaltung und Recht; die Verbreitung aufgeklärt-rationalistischen Denkens bei Fürsten und Regierungsbeamten sowie die Herrschaftsinteressen Napoleons verwiesen auf das französische Vorbild; mit der Erlangung der vollen staatlichen Souveränität war eine wichtige Voraussetzung für grundlegende Erneuerungen geschaffen worden; manche Hindernisse blieben freilich bestehen, einige Schwierigkeiten erwiesen sich als unüberwindbar. Folglich konnten nicht alle Reformprojekte verwirklicht werden; viele blieben auf halbem Wege oder ganz stecken, andere gelangten erst in der nachnapoleonischen Zeit zur Durchführung. Bei der Judengesetzgebung gelang Nassau, Hessen-Darmstadt und Württemberg keine einheitliche Lösung; diese Staaten lockerten durch administrative Maßnahmen die gesetzlichen Beschränkungen für Juden vielfach auf, ohne jedoch die alten Rechtsgrundsätze ganz preiszugeben. In Bayern hingegen kam es, allerdings erst im Juni 1813, zu einer einheitlichen Regelung für das ganze Königreich. Alle ansässigen Juden erhielten die bayerische Staatsbürgerschaft. Ein Teil der diskriminierenden Rechtsbestimmungen wurde außer Kraft gesetzt, andere blieben bestehen, insbesondere die Judenmatrikel. Einen Schritt weiter als die bayerische ging die badische Regierung. Sie erklärte in den Jahren 1807–1809 die Juden zu erbfreien Staatsbürgern, bewilligte ihnen die allgemeine bürgerliche Gleichberechtigung, nicht jedoch das Gemeindebürgerrecht, so daß auch hier die volle Gleichberechtigung nicht erreicht wurde⁸.

⁷ Vgl. über Mecklenburg *Leopold Donath*, Geschichte der Juden in Mecklenburg von den ältesten Zeiten (1266) bis zur Gegenwart (1874); auch ein Beitrag zur Kulturgeschichte Mecklenburgs, (Leipzig 1874, Nachdruck Wiesbaden 1974); *Curt Graf*, Das Recht der Israelitischen Religionsgemeinschaft im Königreich Sachsen, (Frankfurt/Main 1914).

⁸ Vgl. über Nassau: *Adolf Kober*, Zur Vorgeschichte der Judenemanzipation in Nassau, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden. Festschrift zum siebzigsten Geburtstage Martin Philippons, (Leipzig 1916) 275–301; *ders.*, Die Juden in Nassau seit Ende des 18. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterrichts- und Kultusverhältnisse. Ein Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland, in: Nassauische Annalen 66 (1955) 220–250;

3. In den von Frankreich annektierten Gebieten galten die französischen Gesetze. Sie brachten der jüdischen Bevölkerung links des Rheins im Jahre 1798 die volle Emanzipation. Doch bereits zehn Jahre später verloren die Juden in den östlichen Departements des Kaiserreichs wieder einen Teil ihrer in der Revolution errungenen Gleichberechtigung. Das „schändliche Dekret“ vom 17. März 1806 schränkte Kreditgeschäft, Handels- und Gewerbefreiheit sowie Freizügigkeit der jüdischen Minderheit ein. Obwohl das Ausnahmegesetz nur zehn Jahre gelten sollte, bedeutete es doch eine Verletzung des in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte verkündeten Gleichberechtigungsprinzips. Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft setzte die französische Regierung 1816 die Einschränkungen des „schändlichen Dekrets“ wieder außer Kraft, während sie in den meisten linksrheinischen Gebieten bestehen blieben. Die hanseatischen Departements (1810–1813) übernahmen das französische Emanzipationsgesetz der Revolutionszeit von Anfang an mit den Vorbehalten der napoleonischen Gesetzgebung. Allein wegen der Kurzlebigkeit der französischen Herrschaft blieben hier die Auswirkungen gering; in der Restaurationszeit erlangten die alten Judenordnungen wieder ihre Geltung⁹.

4. Die dynastisch mit dem Hause Bonaparte verbundenen Napoleoniden Frankfurt, Berg und Westfalen sowie die Duodezfürstentümer Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen gingen in der Übernahme französischer Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsgrundsätze am weitesten. Hier geboten die Verfassungen die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetz. Im Prinzip bedeutete dies die volle Emanzipation der jüdischen Minderheit: tatsächlich jedoch drang die rechtliche Gleichstellung der Juden unterschiedlich stark durch. Nur geringen Vorteil brachte sie den rund 3500 Frankfurter Juden. Noch im Jahre 1808, als im Königreich Westfalen bereits die uneingeschränkte bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichstellung erfolgt war, schrieb die von Karl Theodor von Dalberg erlassene „Neue Stättigkeits- und Schutzordnung der Ju-

Wolf-Arno Kropat, Die Emanzipation der nassauischen Juden, in: Herzogtum Nassau 1806–1866, (Wiesbaden 1981) 283–289; vgl. über Bayern: *A. Eckstein*, Der Kampf der Juden um ihre Emanzipation in Bayern. Aufgrund handschriftlichen Quellenmaterials, (Fürth 1905); *Carl Hörmann*, Die staatsrechtliche Stellung der Juden in Bayern, (Staatswissenschaftliche Diss., Würzburg 1925); vgl. über Württemberg: *F.F. Mayer*, Sammlung der württembergischen Gesetze in Betreff der Israeliten, (Tübingen 1847); *Paul Tänzler*, Die Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg 1806–1828, (Berlin 1922); *Ottmar Weber*, Die Entwicklung der Judenemanzipation in Württemberg bis zum Judengesetz von 1828. Ein rechtsgeschichtlicher Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland, (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte 32, Stuttgart 1940); über Baden vgl. zuletzt: *Reinhard Rürup*, Die Emanzipation der Juden in Baden, in: *ders.*, Emanzipation und Antisemitismus, (vgl. Anm. 1) 37–73.

⁹ *Eleonore Sterling*, Der Kampf um die Emanzipation der Juden im Rheinland. Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: *Monumenta Judaica*, (Köln 1964) 282–308; *Rolf Hahn*, Das „schändliche Dekret“ vom 17. 3. 1808 und seine Auswirkung auf die rechtliche Stellung der Juden, (Jur.Diss., Köln 1967); Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden bearbeitet von *Anton Doll*, *Hans-Josef Schmidt* und † *Manfred Wilmanns*. Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 13, Koblenz 1979); *Helga Krohn*, Die Juden in Hamburg 1800–1850. Ihre soziale, kulturelle und politische Entwicklung während der Emanzipationszeit, (Hamburger Studien zur neueren Geschichte 9, Frankfurt/M. 1967).

denschaft zu Frankfurt am Main“ überlieferte diskriminierende Rechtsvorschriften fest. Erst mit der Gründung des Großherzogtums Frankfurt im Jahre 1810 setzte ein völliger Wandel ein. Im Zuge der Neuordnung des Staates nach französisch-westfälischem Vorbild wurden die Frankfurter Juden den übrigen Bürgern rechtlich gleichgestellt. Doch sie mußten, bevor endlich am 28. Dezember 1811 das Emanzipationsedikt in Kraft trat, hohe Ablösungsgelder bezahlen. Schon 1814 beschloß die Frankfurter Bürgerschaft die Rückkehr zum status quo ante¹⁰. Günstiger verlief die Entwicklung im Großherzogtum Berg. Am 22. Juli 1808 verfügte ein Edikt die Gleichstellung der Juden. Aus den unklaren Bestimmungen des Gesetzes ging nicht eindeutig hervor, ob die Einschränkung des „schändlichen Dekrets“ gelten oder ob nach westfälischem Vorbild absolute Gleichberechtigung verwirklicht werden sollte. Die Ambivalenz des Gesetzestextes hatte eine uneinheitliche Rechtspraxis zur Folge, die sich in den Städten eher zugunsten, auf dem Lande jedoch klar zum Nachteil der Juden auswirkte. Diese Tatsache weckt Zweifel an der Berechtigung, für das Großherzogtum Berg von einer vollen Judenemanzipation zu sprechen¹¹. Hingegen kann das Königreich Westfalen, der zweite napoleonische Modellstaat, als Musterbeispiel für eine uneingeschränkte und vorbehaltlose Judenbefreiung angesehen werden¹².

Die Grundsatzentscheidung für eine Lösung der Judenfrage nach dem Vorbild der Französischen Revolution fiel bereits vor Gründung des Königreichs in Paris. Napoleon, der den neuen Staat ins Leben gerufen und nach den Erfordernissen seiner Machtpolitik konstruiert hatte, ließ von französischen Juristen, darunter Jean Jacques Régis Cambacérès, eine Verfassung ausarbeiten. Sie verkündete im Artikel 10 die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetz und die freie Ausübung des Kultus. In einem Brief an Jérôme, den König von Westfalen, wies der Kaiser seinen Bruder an, die Konstitution strikt zu achten sowie durch eine kluge, gerechte Politik das Vertrauen und die Zuneigung der Bevölkerung zu gewinnen. Für den Aufbau des neuen Musterstaates entsandte Napoleon einige der fähigsten und liberalsten Verwaltungsbeamten Frankreichs wie Joseph Jérôme Siméon und Jacques Claude Beugnot nach Kassel, in die Hauptstadt des Königreichs. Beide hatten sich während der Revolutionszeit für die Judenemanzipation ausgesprochen; Beugnot war noch im April 1806 als Berichterstatter

¹⁰ *Arnold Kahn*, Die berufliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Juden in Frankfurt a.M. während der Emanzipationszeit (1806–1866), (Wirtschaftswissenschaftl. Diss., Frankfurt 1923); *Isidor Kracauer*, Geschichte der Juden in Frankfurt a.M. (1150–1824), 2 Bde., (Frankfurt 1925–1927).

¹¹ Über das Großherzogtum Berg vgl. zuletzt: *Jacob Toury*, Dokumente der Judenemanzipation im Großherzogtum Berg (1808), in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 46/47 (1969) 137–154.

¹² Zur Geschichte des Königreichs Westfalen vgl. besonders: *Arthur Kleinschmidt*, Geschichte des Königreichs Westfalen, (Gotha 1893, Nachdruck Kassel 1970); *Friedrich Thimme*, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft 1806–1813, 2 Bde., (Hannover 1893–1895); *Heinz Heitzer*, Insurrectionen zwischen Weser und Elbe, Volksbewegungen gegen die französische Fremdherrschaft im Königreich Westfalen (1806–1813), (Berlin 1959); *Helmut Berding*, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7, Göttingen 1973); über den geographischen Raum Westfalen vgl. *Arno Herzig*, Judentum und Emanzipation in Westfalen, (Veröff. d. Provinzialinstituts f. Westf. Landes- u. Volkskunde, Reihe 1, Heft 17, Münster 1973) 12–15.

ter des Conseil d'Etat sehr zur Verärgerung Napoleons dafür eingetreten, wegen der Beschwerden gegen elsässische Juden nicht den Grundsatz der Gleichberechtigung preiszugeben¹³. Diesem Prinzip verschafften die französischen Staatsmänner auch im Königreich Westfalen Geltung. Im Auftrage des Kaisers trugen sie dazu bei, in der Mitte Deutschlands einen Modellstaat zu errichten, dem die Aufgabe zufiel, die französische Hegemonialstellung im rheinbündischen Deutschland zu festigen und gegenüber Preußen zu sichern. Was der Kaiser durch militärische und politische Siege erworben hatte, wollte er mit dem Mittel der „moralischen“ Eroberung konsolidieren. Die westfälische Regierung begann unverzüglich mit der Verwirklichung der Modellstaatspläne. Bereits wenige Monate nach der Thronbesteigung Jérômes am 10. Dezember 1807 funktionierte das nach französischem Muster aufgebaute Regierungs- und Verwaltungssystem; alle wichtigen Verfassungsgrundsätze erlangten Gesetzeskraft, so zum Beispiel die Aufhebung der Zünfte und anderer Korporationen, die Einführung der Gewerbefreiheit, die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Beseitigung der Adelsprivilegien oder die Einführung des Code Napoléon. Zwei Dekrete stellten auch die Existenz der Juden auf eine völlig neue Rechtsgrundlage.

Das epochenmachende Emanzipationsdekret vom 27. Januar 1808 führte wie die Französische Revolution im September 1791 mit einem Schlage die uneingeschränkte und vorbehaltlose bürgerliche sowie staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden ein. Es verlieh den westfälischen „Untertanen mosaischen Glaubens“ dieselben Rechte und Freiheiten wie den übrigen Staatsbürgern, ließ bei Durchreise- und Aufenthaltsbestimmungen keine Unterschiede zwischen jüdischen und nichtjüdischen Fremden mehr zu, hob gänzlich alle Sonderauflagen und -abgaben für Juden auf, erklärte Einschränkungen des Heirats-, Schul- und Erbrechts für ungültig und erlaubte den Juden ausdrücklich, sich an jedem beliebigen Ort niederzulassen sowie jedem gewünschten Erwerb nachzugehen. Mit diesem Emanzipationsgesetz schob die westfälische Regierung das „schändliche Dekret“ beiseite; im übrigen folgte sie jedoch getreu dem napoleonischen Vorbild. Sie führte, wie kurz zuvor das Kaiserreich, für die westfälischen Juden die Konsistorialverfassung ein. Einzelheiten wie Organisationsaufbau, Besoldung, Pflichten und Rechte des Konsistoriums sowie seiner Funktionäre regelte das Dekret vom 31. März 1808. Es unterstellte die jüdische Religion in derselben Weise wie die christlichen Konfessionen der Staatsaufsicht.

Die Energie, mit der die westfälische Regierung in kürzester Zeit die Bestimmungen der vom französischen Kaiser oktroyierten Verfassung in Reformgesetze verwandelte, erklärte sich nicht allein aus der Abhängigkeit des Satellitenstaates von der Hegemonialmacht Frankreich. Eigene Überzeugungen und Interessen traten hinzu. Für den raschen Fortgang der Emanzipationspolitik dürften hauptsächlich drei Beweggründe ausschlaggebend gewesen sein:

Erstens fanden in Kassel die Ideen der Aufklärung weithin Anerkennung. Neben Beugnot und Siméon von französischer Seite nahmen so bedeutende Vertreter der

¹³ Über Siméon vgl. *Jean Tulard*, Siméon et l'organisation du royaume de Westphalie (1807–1813), in: *Francia* 1 (1973) 557–568; zu Beugnot vgl. *Simon Schwarzfuchs*, Napoleon, the Jews and the Sanhedrin, (London 1979) 47–49.

deutschen Gelehrtenwelt wie Johannes von Müller, Christian Wilhelm von Dohm oder Justus Christoph Leist leitende Positionen ein. Die Mehrheit der führenden Beamten in Regierung, Staatsrat und hoher Verwaltung stimmte aus innerer Überzeugung den Modellstaatsplänen Napoleons zu. Zumindest in den ersten Monaten des Jahres 1808 herrschte in Kassel Aufbruchstimmung. Wohl am deutlichsten brachte sie der westfälische Staatsrat und spätere Finanzminister Karl August Malchus in einer Rede vor dem Westfälischen Reichstag am 14. Juli 1808 zum Ausdruck: „In einem Staate wie der unsrige, auf Sieg gegründet, gibt es keine Vergangenheit! Es ist eine Schöpfung, in welcher, wie bei der Schöpfung des Weltalls alles, was vorhanden ist, nur als Urstoff in die Hand des Schöpfers und aus ihr vollendet in das Dasein übergeht.“¹⁴ Zum Aufbau eines vollendeten Staatswesens, wie es Malchus und anderen aufgeklärten Bürokraten vorschwebte, gehörte neben einer rational durchorganisierten Verwaltung selbstverständlich auch die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetz. Dieses naturrechtlich-liberale Prinzip besaß in der westfälischen Politik ein so starkes Gewicht, daß es die Übernahme der französischen Ausnahmegesetze für Juden nicht zuließ.

Zweitens sprachen integrationspolitische Gründe für die rasche Verwirklichung der Gleichheit aller Untertanen und Religionen vor dem Gesetz. Das Königreich Westfalen setzte sich aus sehr heterogenen Landesteilen mit unterschiedlichen Traditionen und Rechtsordnungen zusammen. Besonders verworren stellte sich die Rechtsstellung der jüdischen Bevölkerung dar. In den ehemals preußischen Gebieten galten zum Beispiel andere Beschränkungen und Verpflichtungen als im alten Kurfürstentum Hessen oder in geistlichen Fürstentümern wie Paderborn. Ein solcher Zustand mußte der auf Einheit drängenden westfälischen Regierung unhaltbar erscheinen. Ähnliches galt für die christlichen Konfessionen. Im ehemaligen Fürstbistum Paderborn herrschte der Katholizismus wie eine „Staatsreligion“; im Hannoverschen wurden nur Lutheraner, im Hessischen nur Reformierte zu den öffentlichen Ämtern zugelassen. Dieses Dilemma versuchte die westfälische Regierung, die für eine strenge Trennung von Staat und Kirche eintrat, durch vollkommene Parität der Konfessionen zu beheben.

Drittens legten die schwierige Finanzlage und im Zusammenhang damit die Bedeutung sowohl finanzkräftiger wie zugleich emanzipationsfreudiger Juden für das Königreich eine konsequente Lösung der Judenfrage nahe. Bis zur Erlangung der vollen Souveränität am 1. Dezember 1807 unterstand das Land einer französischen Militärverwaltung. Auf Anweisung des Generalintendanten der napoleonischen Armee, Pierre-Antoine Darus, flossen noch im Oktober und November 1807 alle laufenden Einnahmen in die Armee-Kasse; die Mehrheit der Ausgaben für Besoldungen, Pensionen und Verwaltung blieb suspendiert. Der neue Herrscher fand bei seiner Ankunft im Königreich Anfang Dezember 1807 leere Kassen vor. Proteste und Hilfesuche in Richtung Paris verhallten ungehört. Zur Gewährung eines Kredites fand sich nur der jüdische Bankier Israel Jacobson aus Braunschweig bereit; seine Anleihe in Höhe von 2 Millionen Franken half über die größten Schwierigkeiten hinweg. Schon damals

¹⁴ Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts. Hrsg. v. Peter Adolf Winkopp, Bd. 7, (1808) 456.

war Jacobson kein Unbekannter mehr; er galt bereits als Exponent eines aufgeklärt-assimilationswilligen Reformjudentums, der mit großem Einsatz die Situation seiner Glaubensbrüder zu verbessern trachtete. Großes Aufsehen hatte 1801 die Gründung der Jacobson-Schule in Seesen/Harz erregt; in ihr unterrichteten jüdische und christliche Lehrer Schüler beider Religionen. Eine vermutlich nicht geringe Rolle hatte Jacobson bei der Aufhebung des Leibzolls in Braunschweig (1803) und in Baden (1804) gespielt. Für die Versammlung seiner Glaubensbrüder auf dem großen Sanhedrin 1806 in Paris hatte er eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer besseren Erziehung der jüdischen Jugend verfaßt; gleichzeitig war er mit einer in der französischen Hauptstadt veröffentlichten Schrift über die Zusammenfassung der europäischen Judentenschaft hervorgetreten. Nach der Gründung des Königreichs Westfalen erlangte Jacobson hohe Ämter und Ehren: Er wurde Präsident des jüdischen Konsistoriums, Abgeordneter des Westfälischen Reichstages und Ritter des Ordens der westfälischen Krone. Sein Wirken reichte weit über die Grenzen des eigenen Landes hinaus. 1808 zum Beispiel protestierte er in einem öffentlichen Schreiben an den Fürst-Primas Karl Theodor von Dalberg gegen die äußerst restriktive und ganz unzeitgemäße neue „Stättigkeits- und Schutzordnung für die Judentenschaft in Frankfurt am Main“; 1811 wandte sich Jacobson mit Eingaben an den preußischen Staatskanzler Hardenberg¹⁵.

Das westfälische Emanzipationsdekret veränderte die rechtliche Lage der Juden nicht nur auf dem Papier. Es fand tatsächlich Anwendung. Nirgendwo in Deutschland drang während des frühen 19. Jahrhunderts die Gleichstellung der Juden vor dem Gesetz so tief in die Realität ein wie im Königreich Westfalen. Zwei Gründe lassen sich zur Erklärung anführen.

Einmal stand die Judenemanzipation in einem engen Zusammenhang mit den gesamten politischen und rechtlichen Umwälzungen. Die neue Ordnung beruhte nicht mehr auf ständischen Privilegien, sondern auf staatsbürgerlicher Freiheit und rechtlicher Gleichheit. In allen Bereichen hatten diese Grundsätze einer bürgerlichen Gesellschafts- und Rechtsordnung Geltung erlangt. Dies begünstigte die praktische Durchsetzung der Emanzipationsgesetze. Unterstützend wirkten sich besonders Gemeinde-, Gewerbe- und Eigentumsordnung aus. Nach den Gesetzen des Königreichs Westfalen waren alle Bewohner einer Gemeinde gleichberechtigt. Demgegenüber herrschte in vielen anderen Rheinbundstaaten noch ein gestaffeltes Gemeindebürgerrecht vor, das zwischen Voll- und Schutzbürgern unterschied. Für Juden bedeutete dies fast immer

¹⁵ Über Israel Jacobson vgl. u. a. *Arthur Kleinschmidt*, Dr. Israel Jacobson. Nach den Quellen, in: *Zs. des Harzvereins für Gesch. u. Altertumskunde* 23 (1890) 202–212; *Heinrich Schnee*, Hoffmann, Bd. 2, 109–154 (vgl. Anm. 2); *Paul Zimmermann*, Israel Jacobson, in: *Braunschweigisches Magazin* (1906) 97–105 u. 112–115, wiederabgedruckt in: *Brunsvicensia Judaica*, (Braunschweig 1966) 23–42; *Jacob R. Marcus*, Israel Jacobson. The Founder of the Reform Movement in Judaism, (Cincinnati 1972). Über die Jacobson-Schule vgl. zuletzt: *Gerhard Ballin*, Zur Geschichte der Jacobson-Schule in Seesen, in: Lessings „Nathan“ und jüdische Emanzipation im Lande Braunschweig. Ausstellung in Bad Gandersheim und Wolfenbüttel, (Wolfenbüttel 1981) 88–91. Zu Jacobsons Einfluß auf die Judenemanzipation in Preußen vgl. *Ismar Freund*, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen, 2 Bde., (Berlin 1912) I, 165 f. u. 221 f., II, 433.

eine Minderung ihrer Rechte und eine Beeinträchtigung ihrer Freizügigkeit, so daß die auf staatlicher Ebene gewährte allgemeine Gleichberechtigung nicht voll zum Tragen kam. Bekannt ist das Beispiel Baden, wo gemeinderechtliche Vorbehalte die bereits während der Rheinbundzeit ausgesprochene Rechtsgleichheit bis zum Jahre 1862 reichlich illusorisch machten. Im Königreich Westfalen hingegen besaßen alle Untertanen ausnahmslos das Gemeindebürger- und Domizilrecht ohne irgendwelche Einschränkungen. Auch für Juden genügte zur Niederlassung die bloße Anmeldung beim Maire. Wie die Gemeinde- legte auch die Gewerbeordnung der Verwirklichung des Emanzipationsdekrets keine Hindernisse in den Weg. Der Zunftzwang, der in der Regel Juden von handwerklichen Berufen fernhielt, wurde im Königreich Westfalen abgeschafft, die uneingeschränkte Gewerbefreiheit eingeführt. Zur Ausübung von Handel und Gewerbe bedurfte es nur der Lösung eines Patentes. Mit anderen Worten: Bei der Erwerbstätigkeit bestanden die bisherigen rechtlichen Unterschiede zwischen Christen und Juden nicht länger fort. In den süddeutschen Staaten hingegen blieben sie bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein bestehen. Eine weitere Hürde für die praktische Durchsetzung der Rechtsgleichheit beseitigte im Königreich Westfalen der Code Napoléon. Er erhob die bürgerliche Eigentumsform zur Norm. Der Erwerb oder Verkauf von Häusern, Grundstücken oder Landgütern unterlag keinen Einschränkungen mehr. Soweit in Westfalen zum Schutz des Adels im Widerspruch zu den Bestimmungen des Code Napoléon grundherrschaftliche oder majoratsrechtliche Eigentumsformen fortbestanden, betrafen die damit verbundenen Einengungen des Güterverkehrs Nichtjuden und Juden in gleicher Weise. Dies gilt selbst für patronatsrechtliche Eigentumsbindungen. Zum Beispiel erwarb im Jahre 1809 Israel Jacobson sechs aufgehobene Nonnenklöster, obwohl auf ihnen Patronatsrechte ruhten.

Zum anderen spielte das israelitische Konsistorium bei der Ausführung der Emanzipationsgesetze eine wichtige Rolle¹⁶. Das Königreich hatte nach französischem Vorbild die Konsistorialverfassung eingeführt. Sie gab der jüdischen Glaubensgemeinschaft eine für den ganzen Staat einheitliche und straffe Organisation. Alle westfälischen Juden – etwa 20 000 Personen oder 1% der Gesamtbevölkerung – hatten sich der neuen hierarchischen Ordnung einzugliedern. Die Spitze des vierstufigen Organisationsgefüges bildete das Konsistorium in Kassel; ihm unterstanden Sprengel, Bezirke und Syndikate. Die oberste israelitische Behörde setzte sich zusammen aus einem Präsidenten, drei Rabbinern, zwei jüdischen Gelehrten und einem Sekretär. Ihr fiel nach der Verfassung die Aufgabe zu, unter Oberaufsicht der Regierung die Religionsausübung sowie die Ausbildung der Rabbiner und jüdischen Lehrer zu überwachen. Ferner hatte das Konsistorium die Finanzierung von Verwaltung, Kultus, Unter-

¹⁶ Vgl. *Ludwig Horwitz*, Die Israeliten unter dem Königreich Westfalen. Ein aktenmäßiger Beitrag zur Geschichte der Regierung König Jérôme's, (Kassel 1900); *ders.*, Das Königlich Westfälische Konsistorium der Israeliten zu Kassel und seine Thätigkeit, in: *Im Deutschen Reich* 6 (1900) 334–338; *ders.*, Neue Beiträge zur Geschichte und Tätigkeit des Königlich Westphälischen Konsistoriums der Israeliten zu Kassel 1807–1815, in: *Jüdische Monatsschrift* 53 (1909) 513–524; *J. Maenß*, Die Juden im Königreich Westfalen, in: *Geschl.bl. für Stadt u. Land Magdeburg* 42 (1907) 47–66; *Felix Lazarus*, Das Königlich Westphälische Konsistorium der Israeliten. Nach meist unbenützten Quellen, (Preßburg 1914).

richt und Armenfürsorge der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu gewährleisten. Beide Aufgaben warfen schwierige Probleme auf. Sie ließen sich nur in enger Zusammenarbeit mit der Regierung lösen. In innerjüdische Angelegenheiten mischte sich der Staat nicht ein, wenngleich einige Regierungsvertreter die autoritäre Reformpolitik des Konsistorialpräsidenten Israel Jacobson mit Mißfallen betrachteten; ihnen bereitete der wachsende Widerstand der jüdischen Orthodoxie einige Sorgen. Kam es zu Verstößen gegen die gesetzlich festgelegte Rechtsgleichheit der Juden, stimmten Regierung und Konsistorium in der Beurteilung grundsätzlich überein. Dies trug dazu bei, Übergriffen auf unterer Ebene wirkungsvoll entgegenzuwirken. In vielen Fällen setzten Gemeindevorsteher oder andere Vertreter der jüdischen Gemeinschaft das Konsistorium von Verstößen gegen das Emanzipationsgesetz in Kenntnis. Hierauf erfolgte eine Beschwerde bei der Regierung. Nicht selten trug sie der Präsident des Konsistoriums selber vor. Jacobson genoß wegen seiner großen Verdienste um die rechtliche Besserstellung der Juden und seiner Initiativen im Schulwesen hohes Ansehen; er verfügte als westfälischer Finanzrat über nicht geringen Einfluß besonders beim König, dem er persönlich nahe stand. Seine Stimme hatte Gewicht. Fast immer rief eine Eingabe des Konsistoriums die Staatsbürokratie auf den Plan. Am 28. Februar 1811 protestierte etwa das Konsistorium beim Innenministerium gegen die unrechtmäßige Erhebung des Leibzolls im hannoverschen Gifhorn, das kurz zuvor an das Königreich Westfalen gefallen war. Der Präfekt des Aller-Departements erhielt Anweisung, diese Abgabe sofort zu verbieten. Bereits am 15. März teilte das Innenministerium dem Konsistorium mit, daß der Mißstand abgestellt sei¹⁷. Ein anderes Beispiel: Im Sommer 1812 verfügte der Polizei-Generalkommissar von Halberstadt aus sicherheitspolizeilichen Gründen die gebührenpflichtige Ausgabe von „cartes de sûreté“ an Hausierer und Schausteller. Der Polizei-Kommissar von Salzwedel dehnte, offenbar eigenmächtig, diese Bestimmung auf *alle* Juden aus. Hiervon unterrichtete der jüdische Gemeindevorsteher das Konsistorium. Jacobson legte beim Innenministerium scharfen Protest ein. Auch der Präfekt des Elbe-Departements prangerte die verfassungs- und gesetzeswidrige Maßnahme in Kassel an. Sie sei nur dazu geeignet, alte Vorurteile zu nähren. Ein Staat wie der westfälische dürfe dies nicht dulden¹⁸.

Ein weiterer Fall: Westfälische Juden, die im Frühjahr 1808 die Leipziger Messe besuchten, mußten weiterhin den Leibzoll entrichten. Jacobson leitete ihre Beschwerde an das westfälische Außenministerium weiter. Daraufhin wurde der westfälische Gesandte Christian Wilhelm von Dohm in Dresden vorstellig. Er erreichte nach energisch geführten Verhandlungen, daß Juden aus Westfalen wie schon die aus Frankreich im Königreich Sachsen keine Sonderabgaben mehr zu leisten hatten. Erfolgreicher noch als im Königreich Sachsen wirkten sich die Aktivitäten der westfälischen Diplomatie in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar aus. Beide Staaten schafften auf Drängen Westfalens den Judenzoll ab. Ausgelöst hatten

¹⁷ Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg (im folgenden zitiert: ZSTA Merseburg), Königreich Westfalen Rep. 6 IV B Nr. 49.

¹⁸ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 6 III D Nr. 49.

diese Interventionen westfälische Juden, deren Beschwerden über den Präsidenten des Konsistoriums an das Außenministerium gelangt waren¹⁹.

Die Judenemanzipation im Königreich Westfalen stieß nicht überall auf Zustimmung; sie rief auch Ablehnung hervor. Einige verurteilten sie in Bausch und Bogen, andere störten sich an bestimmten Aspekten der Emanzipationsgesetze oder der Judenpolitik. Politische Gründe, wirtschaftliche Interessen, religiöse Motive und antijüdische Vorurteile waren im Spiele. Kritik oder Widerstand kamen aus der französischen Politik (1.), der westfälischen Staatsbürokratie (2.), Handel und Gewerbe (3.), der Kirche (4.) sowie der jüdischen Gemeinschaft (5.).

1. Heftige Vorwürfe gegen die westfälische Judenpolitik erhob kein Geringerer als der französische Kaiser selber, der sich in seiner Haltung den Juden gegenüber stets auch von machtpolitischen Nützlichkeitsbetrachtungen leiten ließ²⁰. Demonstrative Kundgebungen zugunsten der jüdischen Minderheit hielt Napoleon angesichts der weit verbreiteten Vorurteile gegen Juden für politisch unklug. Was sich nach dem Erlass des Emanzipationsdekrets vom 27. Januar 1808 in Kassel ereignete, erregte seinen Zorn. In großer Aufmachung hatte der „Westphälische Moniteur“, die offizielle Zeitung des Königreichs, vom Empfang einer „Deputation der jüdischen Nation“ durch König und Regierung berichtet. Napoleon schrieb äußerst gereizt an seinen Bruder Jérôme: „J'ai évité de faire rien de ce qui peut montrer l'estime aux plus méprisables des hommes.“²¹ Noch einen Schritt weiter als der Kaiser ging der französische Gesandte in Kassel, Baron Karl Friedrich Reinhard, ein enger Freund Goethes. Er nahm in seinen Gesandtschaftsberichten Anstoß an den umfangreichen Güterkäufen Jacobsons und den hohen Gewinnen jüdischer Armeelieferanten. Hierin erblickte Reinhard den Beweis für die bodenlose Verdorbenheit des Judentums, über die er sich in langen Ausführungen erging. Im Gesandtschaftsbericht vom 15. Juli 1812 zum Beispiel hieß es: „Il paraît qu'il est une certaine période de dérangement des corps politiques où, de toute nécessité les juifs s'emparent de tous les sucs vitaux, comme il est des maladies propices à la génération de certains insectes.“²² Während die Kritik des Kaisers sowie

¹⁹ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 1 D II Nr. 15. Diese Akte über die „Befreiung der westfälischen Israeliten von allen Abgaben im Königreich Sachsen und Herzogtum Warschau, welche den Juden als solchen aufgelegt sind“ dokumentiert sehr gut die Aktivitäten Jacobsons und Dohms. Vgl. dazu aus antisemitischer Sicht: *Heinz Gürtler*, Deutsche Freimaurer im Dienste napoleonischer Politik. Die Geschichte der Freimaurerei im Königreich Westfalen, (Berlin 1942) 162f.; über den Druck, den die westfälische Regierung auf Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar ausübte, vgl. ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 6 IV B Nr. 5 und Rep. 8 I B Nr. 70a.

²⁰ Über Napoleon und die Juden vgl. zuletzt besonders den von *Bernhard Blumenkranz* und *Albert Soboul* herausgegebenen Sammelband: *Le Grand Sanhédrin de Napoléon*, (Toulouse 1979) sowie *Franz Kobler*, Napoleon and the Jews, (Jerusalem 1976) und *Simon Schwarzfuchs*, (vgl. Anm. 13).

²¹ *Lettres inédites de Napoleon I^{er}* (An VIII–1815), hrsg. v. *L. Lecestre* (Paris 1897) I, 159: Napoleon an Jérôme, 2. März 1808: „Rien n'est ridicule comme votre audience aux Juifs; rien n'est mauvais comme votre singerie du *Moniteur* de France. J'ai entrepris l'oeuvre de corriger les Juifs; mais je n'ai pas cherché à en attirer de nouveaux dans mes Etats. Loin de là, j'ai évité de faire rien de ce qui peut montrer de l'estime aux plus méprisables des hommes.“

²² Archives du Ministère des Affaires étrangères, Paris. Correspondance Politique Westphalie, tome 10, 140–141. Den Hinweis auf sehr zahlreiche antijüdische Ausführungen Reinhardts in

die antijüdische Einstellung des französischen Geschäftsträgers in Kassel keine konkreten Auswirkungen auf den Gang der Judenemanzipation im Königreich Westfalen zeigten, legte die französische Politik aus sehr materiellen Gründen einer konsequenten Anwendung des Emanzipationsdekrets Hindernisse in den Weg. Zum Streit kam es um die Erhebung von Judenschutzgeldern. Sie zählten vor der Gründung des Königreichs Westfalen zu den landesherrlichen Einkünften. Mit den Dotationsdomänen waren sie in einigen Fällen als Eigentumsrechte an kaiserliche Donatare gelangt. In ihrem Namen zog die französische Domänenverwaltung weiterhin Judenschutzgelder ein. Die betroffenen Juden beschwerten sich beim Konsistorium, das Klage erhob. Der für Domänenstreitigkeiten mit den kaiserlichen Donataren zuständige Staatsrat erklärte zwar die Erhebung von Judenschutzgeldern für unvereinbar mit der Verfassung und dem Gesetz vom 27. Januar 1808, verwies jedoch zugleich auf den Domänen-Abtretungsvertrag mit dem Kaiser. Aus machtpolitischen Gründen erhielten die von der französischen Politik unterstützten Interessen der Donatare den Vorrang vor den Geboten der Verfassung und den Bestimmungen der Gesetze²³.

2. Innerhalb der westfälischen Staatsverwaltung kam es zu Verstößen gegen die Emanzipationsgesetze. In einigen Fällen erhoben Beamte unterer Instanzen weiterhin besondere Judensteuern. Beschwerden gegen solche Mißstände hatten in der Regel raschen Erfolg; die Regierung ließ Eigenmächtigkeiten der unteren Behörden nicht zu²⁴. Schwerer als diese kleinen Übergriffe wog das Verhalten des Generaldirektors der Hohen Polizei, des Barons Jean François Marie Bongars. Er verfügte im Sommer 1811 durch Runderlaß an die Präfekten eine drastische Einengung der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit für Juden. Nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Präfekten sollten künftig Juden im Königreich Westfalen ihren Wohnsitz nehmen und gegen Zahlung einer zusätzlichen Gebühr von 50 Talern ein Patent lösen, also Handel und Gewerbe treiben dürfen. Bongars begründete diese Maßnahme gegen die jüdische Minderheit mit dem Zustrom ausländischer Juden, häufig Betrüger, Diebe und andere kriminelle Elemente, die die Sicherheit des Landes gefährdeten. Der Präfekt des Harzdepartements, der die Verordnung polizeilich für gerechtfertigt hielt, wandte sich an den Innenminister, weil die zu ergreifenden Maßnahmen jeder Rechtsgrundlage entbehrten. Der Innen- sowie der Finanzminister erklärten die Polizeiverordnung für rechtswidrig; sie verstöße gegen das Emanzipationsgesetz vom 27. Januar 1808, das es nicht zuließ, Juden unter Sonderrecht zu stellen und mit zusätzlichen Abgaben zu belasten. Die Minister lehnten es ab, das Problem der inneren Sicherheit auf Kosten der Rechtsgleichheit zu lösen²⁵.

den Gesandtschaftsberichten verdanke ich Jean Delinière von der Universität Nancy II; er stellte mir Abschriften aus dem Archiv zur Verfügung.

²³ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 6 IV B Nr. 24; vgl. dazu *Helmut Berding*, Herrschaftspolitik, (vgl. Anm. 12) 106; *ders.*, Les dotations impériales dans le royaume de Westphalie, in: *Revue de l'Institut Napoléon* N° 192 (1976) 91–101.

²⁴ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 8 IV K Nr. 43.

²⁵ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 6 III D Nr. 42: Bongars begründete seine Verordnung so: „Par suite des anciens réglemens Monsieur le Préfet les Juifs étrangers qui désirent acquérir dans le royaume, soit une patente, un Domicile et même le droit de bourgeoisie, y sont admis sur la simple présentation des Syndicis de cette Secte. Ces présentations sont faites le plus souvent par

3. Heftige Klagen kamen aus den Reihen von Handel und Gewerbe. Sehr viele Eingaben von Geschäftsinhabern und Handwerkern richteten sich gegen den Hausierhandel, in dem Juden nach wie vor dominierten. Ein typisches Beispiel stellte die Beschwerde der Tuchmacher von Treysa im Distrikt Marburg dar. Zum Schutz ihres Gewerbes hatte früher die hessische Regierung den Hausierhandel mit wollenen Tuchen nicht erlaubt. Seit Einführung der Gewerbefreiheit überschwemmten nach Aussage der Tuchmacher besonders jüdische Hausierer das Land; das Tuchmachergewerbe stehe vor dem Ruin²⁶. Eingaben dieser Art kamen aus allen Teilen des Königreichs. Anfang 1810 befaßte sich auf seiner zweiten (und letzten) Zusammenkunft der Westfälische Reichstag mit dem Hausierhandel. Vertreter der Reichsstände forderten, ausländischen Kaufleuten und den „zumeist hebräischen inländischen Hausierern“ nur noch unter verschärften Bedingungen Handelspatente zu bewilligen. Hierin erblickten die Regierungsvertreter einen Angriff auf die Grundgesetze des Staates, wie sie der Begründer des Königreichs, Napoleon, in der Verfassung festgelegt habe. Gewerbefreiheit und Rechtsgleichheit für alle Untertanen des Königs von Westfalen stünden nicht zur Disposition²⁷!

4. Von den Kirchen, deren oft vorurteilsvolle Einstellung gegen Juden allgemein bekannt ist, gerieten im Königreich Westfalen unmittelbar nur katholische Stellen mit Angehörigen des mosaischen Glaubens in konfliktträchtige Berührung. Als Käufer eingezogener Kirchengüter traten nicht selten jüdische Bankiers auf. Daraus erwuchsen neue Animositäten. Offen zum Ausbruch gelangten sie gegen Jacobson, der allein sechs Nonnenklöster erworben hatte. „Die Nonnen waren untröstlich, daß sie weichen mußten; besonders die 90jährige Ursula in Hadmersleben war seelisch aufs schwerste erschüttert. Jacobson besuchte sie in der Tracht eines katholischen Prälaten, um sie in ihrem Schmerz zu trösten. Aber die 90jährige ließ sich durch das Habit nicht beeinflussen. Sie erkannte Jacobson sofort, empfing ihn mit Verwünschungen, weil er ihren Heiland und Erlöser gekreuzigt habe, und blieb unversöhnlich.“²⁸

5. Große Unzufriedenheit breitete sich nicht zuletzt unter den Juden aus. Sie begrüßten zwar uneingeschränkt die rechtliche Gleichstellung, nicht jedoch unbedingt die Konsistorialverfassung. Von ihr gingen besonders nach Auffassung orthodox eingestellter Rabbiner zwei Gefahren aus. Einmal befürchteten sie von der bürokratisierten und zentralisierten Staatsaufsicht über ihre Religion eine Einmischung der Regierung in innerjüdische Angelegenheiten. Zum anderen stärkte die Konsistorialverfassung das Reformjudentum, dessen bedeutendster Exponent, Israel Jacobson, an die Spitze einer hierarchisch verfaßten Religionsverwaltung trat. Mit der Autonomie der

esprit de Corps et sans que les Syndicis ayant pris aucuns renseignements sur la Conduite antérieure du Candidat, lequel a pu leur être complètement inconnu avant sa demande pour être assimilé aux sujets de Sa Majesté. Les autorités locales s'en rapporteront aux assurances données par ces Syndicis et c'est de cette manière qu'une foule de Gens sans foi sans mœurs et sans aveu s'introduisent dans le royaume et forment une pépinière d'escrocs, de filoux et quelque fois pis encore ...“

²⁶ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 8 III D Nr. 39.

²⁷ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 1 C II Nr. 11 u. Nr. 24.

²⁸ Heinrich Schnee, Hoffinanz, (vgl. Anm. 2) 139; ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 9 II Nr. 27.

jüdischen Gemeinden schien auch das traditionale Judentum in Bedrängnis zu geraten. Die Sorgen orthodoxer Juden erwiesen sich als nicht unbegründet. Jacobson versuchte sehr entschlossen, seine von Moses Mendelssohn beeinflussten Reformideen durchzusetzen. Er benutzte das Konsistorium als Instrument für den Zweck, die ehemaligen Zustände der Israeliten in kirchlicher und weltlicher Hinsicht zu revolutionieren²⁹. Zur Erreichung des Zieles erließ das Konsistorium eine Serie von Verordnungen über die Verbesserung des Gottesdienstes in den Synagogen, die Ausbildung und Pflichten der Rabbiner oder den Religionsunterricht. Gegen diese administrativ verfügte Assimilationspolitik und den konsistorialen Monopolanspruch des Reformjudentums regte sich in den jüdischen Gemeinden wachsender Widerstand. Dabei vermischte sich religiös motivierter Protest mit Kritik an den hohen Abgaben und dem neuen Steuersystem. Die Konsistorialverfassung wies aufgrund ihrer zentralistischen Struktur dem Kasseler Konsistorium weitreichende Befugnisse nicht nur in Religions-, sondern auch in Finanzangelegenheiten zu. Vor allem die Festlegung und Repartition der Steuersätze sowie eine zentrale Kassenführung schnitten tief in die Autonomie der jüdischen Gemeinden ein. Sie setzten sich gegen die Ansprüche des Konsistoriums zur Wehr. Dagegen rief die oberste jüdische Behörde in Kassel den Staat zu Hilfe. Doch die westfälische Regierung, die über den Unmut vieler jüdischer Gemeinden unter anderem durch Polizeiberichte unterrichtet war, wollte sich möglichst nicht in die innerjüdischen Auseinandersetzungen hineinziehen lassen. Gegen das starre Vorgehen Jacobsons wurde Kritik laut. Der Innenminister Graf Gustav Anton Wolffradt sprach von einem „horrible abus d'autorité“³⁰.

Bedeutsamer als Gegner und Widerstand blieben im Königreich Westfalen jedoch Befürworter und Erfolge der Judenemanzipation. Wie in vielen anderen Bereichen eilte dieser Modellstaat auch bei der Verwirklichung der Rechtsgleichheit den anderen Rheinbundstaaten weit voraus. Eine fortschrittliche Regierung führte unbekümmert um die restriktiven Bestimmungen im Empire zum ersten Male in Deutschland nach dem Vorbild der Französischen Revolution die Judenemanzipation ohne Wenn und Aber durch. Sie hielt trotz mancher Schwierigkeiten, die sich zunächst aus der rechtlichen Gleichstellung der Juden ergaben, am Prinzip der Rechtsgleichheit fest. Daran ließ sie nicht rütteln, nachdem gleich zu Anfang die volle politische und rechtliche Gleichstellung in einem einzigen Akt erfolgt war. Eine Lösung der Judenfrage in Etappen stand im Königreich Westfalen nie zur Diskussion. Während Dohm und die meisten Gebildeten in der publizistischen Auseinandersetzung vom Erziehungskon-

²⁹ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 6 IV B Nr. 8. Im Tätigkeitsbericht des Konsistoriums an den Innenminister vom 12. März 1810 heißt es: „Klar ist, daß die durch das Konsistorium zu bewirkende Organisation der Israelitischen Einrichtungen im ganzen Königreich Westfalen eine neue Schöpfung ausmacht, daß dieses Kollegium mit Menschen arbeitet, die durch Verwahrlosung in politischer und moralischer Hinsicht nicht so leicht, wie jede andere Religionssekte, zur Ordnung geführt werden können ... Der ehemalige Zustand der Israeliten, als sie noch eine ungeduldete Nation ausmachten ... war in kirchlicher Hinsicht so beschaffen, daß darin eine Revolution nicht ausbleiben konnte.“ Vgl. ferner ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 5 A Nr. 6 sowie die in Anm. 16 genannte Literatur.

³⁰ ZSTA Merseburg, Kgr. Westf. Rep. 5 D Nr. 38.

zept ausgingen, an dem sich alle deutschen Regierungen von der Rheinbund- bis zur Reichsgründungszeit orientierten, folgte die westfälische Regierung dem Beispiel des französischen Emanzipationsgesetzes vom September 1791. Was freilich in Frankreich die Nationalversammlung der Regierung aufgezwungen hatte, verordnete im Königreich Westfalen der Staat auf bürokratischem Wege durch eine „Revolution von oben“. Beeinträchtigt wird die historische Bedeutung der westfälischen Judenemanzipation nicht wie die in anderen deutschen Staaten durch Halbheiten und Vorbehalte, wohl hingegen durch die Kurzlebigkeit des Königreichs. Mit seinem Untergang erlitt der Emanzipationsprozeß einen schweren Rückschlag, der erst in der Revolution von 1848/49 wettgemacht werden konnte.

Diskussion zum Referat von Helmut Berding

Leiter: Sten Gagnér

In der Auseinandersetzung mit den von *Helmut Berding* vorgetragenen Thesen bildeten Überlegungen, inwieweit die Judenemanzipation als Teilaspekt einer allgemeinen, auf bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichheit aller Untertanen zielenden Reformbewegung zu verstehen sei, ein übergeordnetes Rahmenthema. In Ergänzung zu den Äußerungen *Jean Tulards* über Joseph Jérôme Siméon, einen der fähigsten, aber auch schillerndsten politischen Akteure, skizzierte der Referent noch einmal – pointierter als im Vortrag – die Etappen der intellektuellen Vorbereitung der Judenemanzipation, die, zwar ausgelöst durch Christian Wilhelm Dohm und seine Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“, zunächst im revolutionären Frankreich aufgegriffen wurde, dort in Abbé Gregoire und Graf Mirabeau ihre fähigsten Fürsprecher fand, schließlich aber erneut, im Zuge der napoleonischen Machtexpansion, die deutsche Reformdiskussion beherrschte. An *Christof Dipper* gewandt, der darauf hingewiesen hatte, daß die Emanzipation der Juden sich in einer Gesellschaft vollzog, die Bauern und Teilen der städtischen Bevölkerung eine rechtliche Gleichstellung verweigerte, bemerkte *Berding*, daß auch die gesetzlichen Beschränkungen für Juden nur dort restlos aufgehoben wurden, wo – wie etwa im Königreich Westfalen – mit der Übernahme französischer Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsgrundsätze die rechtliche Gleichheit *aller* Untertanen tatsächlich angestrebt wurde.

Der Referent verneinte die Frage von *Wolfgang von Hippel*, ob ein Zusammenhang zwischen der zahlenmäßigen Stärke der Juden und der Bereitschaft zu ihrer Emanzipation zu bemerken gewesen sei, ob die Emanzipation dort, wo es wenig Juden gegeben habe, auf weniger Widerstände gestoßen sei. Ebenso wenig stimmte er der Vermutung *Walter Demels* zu, wonach die guten Erfahrungen, die man im vorrevolutionären Frankreich mit den dort in großen Ballungsräumen lebenden Juden gemacht hatte, die späteren Reformpläne entscheidend beeinflusst hätten.

Auf die Auswirkungen der Judenemanzipation kamen im folgenden *Wolfgang von Hippel*, *Manfred Botzenhart* und *Werner Blessing* zu sprechen. *Von Hippel* bat um Aufschluß über die Reaktion der Bevölkerung, vor allem der Bauern, auf den Erlaß der Emanzipationsedikte. *Botzenhart* sprach die antijüdischen Ausschreitungen beim Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft an, wie sie bei H. Heitzer beschrieben werden, und *Werner Blessing* erinnerte daran, daß die Juden in Bayern bereits kurze Zeit nach Erlaß des Judenediktes 1813 führende Positionen im Getreidehandel bezogen, ein Umstand, der später, so 1819, wiederum zu stärkeren antisemitischen Ausschreitungen Anlaß gab. Fragen und Befund aus der Sicht der von ihm bearbeiteten Quellen kommentierend, verwies *Berding* auf das starke Anwachsen der jüdischen Bevölkerung nach Erlaß der entscheidenden Edikte 1808 auch im Königreich Westfalen. Auffallend z. B. sei dort der Zuzug jüdischer Hausierer gewesen. Die angestammte Bevölkerung habe auf die Vergrößerung der Judengemeinde zunächst – bis etwa 1815/16 – keinesfalls spektakulär reagiert. Später sei es zwar auch dort zu Ausschreitungen gekommen, die aber durch Versorgungskrisen ausgelöst worden seien. Auf Ablehnung hingegen sei die westfälische Judenpolitik in Frankreich gestoßen, das sich in seiner Haltung den Juden gegenüber stets auch von machtpolitischem Nützlichkeitsdenken hätte leiten lassen.

Werner Schubert erkundigte sich in diesem Zusammenhang, ob Napoleon es bei dem vom Referenten zitierten Protest auf einen ausgesprochen judenfreundlichen Artikel im „Westphälischen Moniteur“ belassen oder stärkere Intervention veranlaßt habe. *Berding* führte in seiner Antwort dazu aus, daß es zu unmittelbaren Angriffen eigentlich nur dann gekommen war, wenn französische Interessen direkt auf dem Spiel standen. Dies sei beispielsweise bei den Domänenstreitigkeiten mit den kaiserlichen Donataren der Fall gewesen, denen ungeachtet aller Gesetzeswidersprüchlichkeit erlaubt war, weiterhin Judenschutzgelder einzuziehen. Von *Schubert* desgleichen nach der Person Jacques Claude Beugnots und dessen Einfluß auf die Judengesetzgebung nicht nur in Westfalen, sondern auch in Berg befragt, skizzierte der Referent in Umrissen die zwar nach französischem Vorbild initiierte, in der Praxis aber inkonsequente Emanzipationspolitik des Großherzogtums. Die aus den zweideutigen Formulierungen des Judenedikts vom 2. Juli 1808 erwachsene Rechtsunsicherheit habe vor allem untere Instanzen immer wieder veranlaßt, zuungunsten der Juden zu entscheiden. An *Michael Müller* gewandt, bestätigte der Referent, daß mit den Emanzipationsedikten in den von ihm untersuchten Rheinbundstaaten in der Regel – ähnlich wie in Frankreich – auch eine Änderung der jüdischen Namen einherging. Diese Verfügungen hätten zum einen eine Vereinfachung der Verwaltung, zum anderen aber auch eine stärkere Integration der jüdischen Bevölkerung zum Ziel gehabt.

Mit dem Stichwort „jüdischer Kult“ griff *Christian Probst* einen Aspekt der Judenemanzipation auf, der, ungeachtet seiner Bedeutung, im Verlauf der Diskussion eine eher untergeordnete Rolle spielte. Auf die Frage hin, was den westfälischen Staat bewogen habe, nach französischem Vorbild eine Konsistorialverfassung einzuführen, hob der Referent zunächst das Bemühen aller frühmodernen Staaten hervor, eine möglichst lückenlose bürokratische und zentralisierte Staatsaufsicht auszuüben, stellte dann aber klar, daß mit der Etablierung dieser Organisation von seiten des Staates eine

Einmischung in den jüdischen Kult nicht bezweckt war. Korrigierende Eingriffe hätten vielmehr reformbegeisterte Juden wie Israel Jacobson selbst vorgenommen. Da diese aber gleichzeitig hohe Positionen im Konsistorium bekleideten, über das Konsistorium auch ihre Assimilationspolitik betrieben, hätte sich der Zorn orthodoxer Juden verständlicherweise gegen die Konsistorialverfassung als Quasi-Garant für einen autoritären Reformkurs gerichtet. Auf die Frage von *Probst*, was die Regierung bewegen habe, den Juden christliche Gottesdienstformen, wie etwa die Predigt, aufzunötigen, antwortete der Referent, daß dies wohl aus dem Bestreben geschehen sei, möglichst einheitliche Kultformen, die auch den Vorstellungen von einer aufgeklärten Religionsausübung entsprachen, für alle Bekenntnisse einzuführen.

Ebenfalls nur am Rande gestreift werden konnte in der Debatte über die Judenemanzipation im Rheinbund das Problem der wirtschaftlichen Stellung und ökonomischen Bedeutung der Juden. *Dietmar Stutzer* blendete zurück auf die Zeit vor Erlass der Emanzipationsedikte und berichtete von ungewöhnlichem Geschäftsgebaren jüdischer Prozeßagenten aus Frankfurt, die mit horrenden Bestechungsgeldern die Rechtssprechung in Wetzlar manipuliert haben sollen. *Rudolfine von Oer* machte auf die hohe Beteiligung der Juden bei Fouragelieferungen während des Rußlandfeldzuges aufmerksam und fand sich vom Referenten in der Annahme bestätigt, daß die Gewinne der Juden beträchtlich gewesen wären. Gegenüber *Werner Schubert* bedauerte der Referent, daß die von ihm bisher gesichteten Quellen generelle Aussagen über die wirtschaftliche Situation der Juden nach Auflösung des Rheinbundes nicht zuließen.